

DEMOKRATIE, WAHLERGEBNIS & INFORMATIONSRÄUME · 07. SEPTEMBER
2026 · 16 MIN.

43,8 Prozent. Wir sehen das Wahlergebnis - aber sehen wir die Maschine dahinter?

Natalie Weber ordnet das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt ein:
Informationsräume, internationale Einflussnetze und mögliche
Folgen für Mensch, Planet und Demokratie.

Digitale Lesefassung

Für Bildschirm und
Ausdruck

Original online

wirkungsökonomie.de/blog/sachsen-anhalt-wahlergebnis-signal-fuer-europa.html

Methodische Einordnung: Persönliche Einordnung von Natalie Weber. Recherche-Stand: 7. September 2026; das Wahlergebnis ist vorläufig, die Regierungsbildung zu diesem Zeitpunkt offen. Belegte Informationsoperationen sind kein Nachweis dafür, dass sie dieses Wahlergebnis verursacht haben. Beschriebene Regierungsfolgen sind Ex-ante-Risiken, keine bereits gemessenen Schäden.

43,8 Prozent sind ein Wahlergebnis. Sie sind noch keine Erklärung.

Ich will dieses Ergebnis weder kleinreden noch bequem erklären

Ich habe in der Nacht auf den 7. September immer wieder auf dieselbe Zahl geschaut: 43,8 Prozent. 576.037 Zweitstimmen. 39 von 83 Sitzen. Die AfD hat ihr Ergebnis in Sachsen-Anhalt gegenüber 2021 mehr als verdoppelt. Die CDU fällt auf 17,2 Prozent. Die Wahlbeteiligung liegt bei 77,8 Prozent. Das ist kein Randphänomen, keine kleine Protestwelle und kein statistisches Rauschen. Das ist ein politischer Einschnitt.

Und trotzdem erschreckt mich fast ebenso sehr, wie schnell wir danach wieder in dieselbe einfache Erklärung flüchten: Merz habe schlechte Politik gemacht. Die Bundesregierung habe die Menschen enttäuscht. Migration, Energiepreise, Wirtschaft, Rente, Infrastruktur - also müsse man eben besser regieren, dann verschwinde das Problem wieder.

Natürlich ist daran etwas wahr. 87 Prozent der Befragten in Sachsen-Anhalt waren laut infratest dimap mit der Arbeit der Bundesregierung unzufrieden, 66 Prozent mit der Landesregierung. Wer diese Unzufriedenheit ignoriert, macht es sich zu einfach. Friedrich Merz, die CDU, die Bundesregierung und auch die bisherige Landespolitik haben reale Verantwortung für reale politische Fehler.

Aber wer an dieser Stelle aufhört, macht es sich ebenfalls zu einfach. Denn 43,8 Prozent sind ein Wahlergebnis. Sie sind noch keine Erklärung.

Die bequeme Geschichte lautet: schlechte Politik erzeugt rechte Mehrheiten

Wenn diese Geschichte als Haupterklärung stimmen würde, müssten wir annehmen, dass sehr viele Länder gleichzeitig auf sehr unterschiedliche Weise dieselbe Art von Fehler machen. Die einen haben stärkere Sozialstaaten, die anderen schwächere. Manche verschärfen ihre Migrationspolitik, andere nicht. Manche regieren konservativ, andere sozialdemokratisch, liberal oder in breiten Koalitionen. Und trotzdem erleben wir weit über Deutschland hinaus eine autoritäre und radikal rechte Dynamik.

Der V-Dem Democracy Report 2026 zählt 44 Staaten, die sich aktuell in einem Autokratisierungsprozess befinden. Das ist ausdrücklich nicht dasselbe wie 44 Länder mit einem "Rechtsruck". Die Unterscheidung ist wichtig. Aber der übergeordnete Befund ist gewaltig: 41 Prozent der Weltbevölkerung leben inzwischen in Staaten, die sich nach V-Dem autokratisieren. Medienfreiheit und Zivilgesellschaft gehören zu den am häufigsten angegriffenen Bereichen.

Das zwingt zu einer zweiten Frage: Was ist in sehr unterschiedlichen Gesellschaften gleichzeitig ähnlich geworden? Nicht die Rentenpolitik. Nicht das deutsche Heizungsgesetz. Nicht die lokale Schulpolitik in Magdeburg. Sondern unter anderem die Informationsumgebung, in der politische Wirklichkeit entsteht.

Gleiche Grammatik, unterschiedliche lokale Geschichten

Eine im Juni 2026 veröffentlichte vergleichende Studie im Political Science Quarterly untersucht Reden und Social-Media-Beiträge weit rechts stehender Akteure in Europa und Lateinamerika. Ihr Befund ist bemerkenswert: Die konkreten Konflikte unterscheiden sich regional, aber es gibt gemeinsame "Master Frames" - eine transnationale Grammatik aus Populismus, Nativismus und Autoritarismus, die lokal angepasst wird.

In Europa kann der konkrete Aufhänger Migration oder nationale Identität sein, anderswo Kriminalität, Korruption oder ein anderer Konflikt. Das Material ist lokal. Die Erzählarchitektur ist erstaunlich übertragbar.

Das ist ein entscheidender Unterschied. Man muss nicht dieselbe Sachpolitik in 20 Ländern haben, wenn man sehr unterschiedliche Probleme mit derselben politischen Grammatik verarbeiten kann: komplexe Ursache, emotional verdichtete Bedrohung, klare Gruppengrenze, vermeintlich eindeutiger Verantwortlicher, einfache Rettungserzählung.

Genau deshalb halte ich die Frage "Welche einzelne politische Fehlentscheidung hat diese Menschen nach rechts getrieben?" für zu klein. Sie betrachtet das Brennmaterial - aber nicht den Wind, die Zündmechanismen und die Akteure, die gelernt haben, beides professionell zu nutzen.

Wir leben nicht nur in unterschiedlichen Meinungen - sondern zunehmend in unterschiedlichen Wirklichkeiten

Eine große systematische Übersichtsarbeit in Nature Human Behaviour hat 496 Studien zum Verhältnis von digitalen Medien und Demokratie ausgewertet. Digitale Medien können Beteiligung und Informationszugang verbessern. Gleichzeitig finden sich aber wiederholt Zusammenhänge mit sinkendem politischen Vertrauen, stärkerer Polarisierung und stärkerem Populismus - besonders ausgeprägt in etablierten Demokratien.

Eine weitere Nature-Communications-Studie untersuchte politische Onlinekommunikation in neun Ländern, darunter Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Großbritannien und die USA. In allen neun Ländern waren politische Interaktionsnetzwerke strukturell polarisiert; Kontakte zur politischen Außengruppe waren toxischer als innerhalb der eigenen Gruppe. Die Autoren sprechen von einer gemeinsamen Freund-Feind-Struktur politischer Onlinekommunikation.

Ich würde deshalb nicht von vollständig hermetischen Blasen sprechen. Das wäre wissenschaftlich zu stark. Aber wir sehen fragmentierte, teilweise selbstabdichtende Deutungsräume. Menschen begegnen nicht nur unterschiedlichen Bewertungen derselben Fakten. Sie begegnen unterschiedlichen Ausschnitten, unterschiedlichen Wiederholungen, unterschiedlichen Ursachenerzählungen und unterschiedlichen Vorstellungen davon, wem überhaupt noch zu trauen ist.

Und Wiederholung wirkt. Eine 2026 veröffentlichte Metaanalyse über 182 Studien bestätigt den sogenannten Illusory-Truth-Effekt: Wiederholte Aussagen werden im Durchschnitt als glaubwürdiger eingeschätzt. Der Effekt ist nicht riesig und nicht bei jedem Menschen gleich. Aber er ist robust. Das menschliche Gehirn ist kein neutraler Faktenprozessor - meines genauso wenig wie das jedes anderen Menschen.

Der gefährliche Denkfehler: Manipulation ist kein Beweis dafür, dass Wähler "dumm" sind

Mir ist dieser Punkt persönlich wichtig. Ich halte nichts davon, 43,8 Prozent der Wählerinnen und Wähler zu entmündigen oder zu pathologisieren. Menschen haben Gründe. Sie erleben wirtschaftliche Unsicherheit, schlechte Infrastruktur, Statusverlust, Enttäuschung, Angst vor Veränderung oder ganz konkrete politische Versäumnisse. Sie besitzen politische Agency und treffen ihre eigene Entscheidung.

Aber Respekt vor dem Wählerwillen bedeutet nicht, die Bedingungen der Willensbildung aus der Analyse zu streichen. Werbung manipuliert nicht nur dumme Menschen. Propaganda wirkt nicht nur auf ungebildete Menschen. Frames, Wiederholung, soziale Identität, Auswahlmechanismen und emotionale Aktivierung sind universelle psychologische Prozesse.

Der demokratische Fehler wäre deshalb aus meiner Sicht genau andersherum: Aus Angst, Menschen zu beleidigen, so zu tun, als entstünde politische Meinung in einem sterilen Raum ohne strategische Kommunikation, Plattformlogik, Geld, Netzwerke und gezielte Einflussnahme.

Ein Teil dieser Spaltung ist tatsächlich professionell erzeugt

Und damit komme ich zu dem Teil, den wir aus meiner Sicht viel zu selten sichtbar machen.

Der Europäische Auswärtige Dienst dokumentiert in seinem vierten Bericht zu Foreign Information Manipulation and Interference - FIMI - ein wiederkehrendes russisches Vorgehen gegen Wahlen. Für 2025 nennt der Bericht unter anderem Deutschland, Polen, Rumänien, Moldau und Tschechien als Ziele russischer FIMI-Aktivitäten. Das beschriebene Muster umfasst ausdrücklich die Delegitimierung politischer Führung, die gezielte Ausnutzung innergesellschaftlicher Konflikte und den Versuch, Vertrauen in Wahlprozesse und Institutionen zu beschädigen.

Die Bundesregierung hat darüber hinaus die Operation Storm-1516 offiziell Russland zugerechnet. Nach Angaben der Bundesregierung wurden dabei pseudojournalistische Webseiten, Deepfakes, erfundene Zeugenaussagen und künstlich erzeugte "Recherchen" genutzt. Das erklärte Ziel der Operation: Gesellschaft spalten, Misstrauen schüren und Vertrauen in demokratische Institutionen schwächen.

Und vor den Landtagswahlen 2026 beobachtete das Bundesinnenministerium erneut die Kampagne "Matrjoschka". Die Bundesregierung erklärte am 5. und 12. August, dass die verbreiteten Kurzvideos und Vorwürfe auf die bevorstehenden Landtagswahlen Bezug nahmen. Zugleich sagte sie ausdrücklich: Die Reichweite sei zu diesem Zeitpunkt begrenzt, und für diese konkrete Iteration liege noch keine eindeutige offizielle Attribution vor.

Genau diese Nüchternheit brauchen wir. Es gibt keinen seriösen Beleg dafür, dass Russland das Ergebnis in Sachsen-Anhalt "gemacht" hat. Wer das behauptet, würde die Analyse selbst in eine Verschwörungserzählung verwandeln. Aber es gibt sehr wohl belastbare Belege dafür, dass ausländische Akteure den deutschen Informationsraum systematisch bearbeiten, bestehende Konflikte verstärken und Wahlen als Zielraum behandeln.

Wer das Unsichtbare sehen will, muss Netzwerke statt einzelner Posts betrachten

Die East StratCom Task Force des Europäischen Auswärtigen Dienstes versucht genau das mit dem FIMI Explorer sichtbar zu machen: nicht nur einzelne Falschbehauptungen, sondern Operationen, Kanäle, Infrastruktur und Verbindungen. Was im Feed wie hundert unabhängige Posts aussieht, kann Teil einer wiederkehrenden Operationslogik sein.

Und nicht jede grenzüberschreitende Einflussnahme ist verdeckt. Es gibt offen arbeitende transnationale Thinktanks, Mediennetzwerke, Konferenzen und politische Organisationen, in denen Ideen, Personal, Narrative und Strategien zirkulieren. Die Heritage Foundation etwa ist kein geheimes russisches Botnetz, sondern ein öffentlich operierender konservativer US-Thinktank. Genau deshalb sollte man diese Ebenen nicht in einen Topf werfen.

Offene ideologische Vernetzung ist etwas anderes als verdeckte staatliche FIMI. Normale internationale politische Kooperation ist wiederum etwas anderes als beides. Aber zusammen zeigen diese Ebenen etwas Entscheidendes: Nationale Politik findet längst nicht mehr in national abgeschlossenen Informationsräumen statt.

Wie aktuell diese transatlantische Dimension ist, zeigte Ende August auch eine Reuters-Recherche: Die US-Regierung plant Förderprogramme in zweistelliger Millionenhöhe für konservative zivilgesellschaftliche Akteure in Europa, darunter Mittel für rechtsgerichtete Medienprojekte. Die Programme werden offiziell mit Meinungsfreiheit und demokratischer Teilhabe begründet; europäische Politiker äußerten zugleich Sorgen vor politischer Einflussnahme. Auch hier gilt: Transparenz und begriffliche Trennung sind wichtiger als Verschwörungsdenken.

Brexit hätte uns eine andere Lektion lehren müssen

Oft fällt in diesem Zusammenhang Cambridge Analytica. Auch hier lohnt Präzision. Es ist nicht seriös zu behaupten, Cambridge Analytica habe den Brexit verursacht. Die britische Electoral Commission fand keinen Beleg dafür, dass Leave.EU über erste Sondierungsgespräche hinaus Leistungen von Cambridge Analytica erhielt.

Die eigentliche Lektion des Brexit-Zeitalters war für mich eine andere: Politische Kommunikation kann industrialisiert, datengetrieben, mikrotargetiert, international vernetzt und für Außenstehende nur schwer nachvollziehbar organisiert werden. Wenn wir danach nur nach dem einen Mastermind suchen, lernen wir die falsche Lektion.

Wir müssen das System verstehen: Wer finanziert? Wer produziert? Wer testet Narrative? Wer verstärkt sie? Welche Plattformlogik belohnt sie? Welche Influencer tragen sie in andere Milieus? Welche traditionellen Medien greifen sie auf - vielleicht sogar im Faktencheck - und erhöhen damit noch einmal ihre Reichweite?

Sachsen-Anhalt macht aus der Theorie eine Machtfrage

Am Morgen nach der Wahl ist die Regierungsbildung offen. Die AfD hat keine absolute Mehrheit. 39 von 83 Sitzen reichen nicht für eine Alleinregierung. Aber die Situation ist alles andere als entschärft. Das BSW zieht mit fünf Sitzen in den Landtag ein. Sein Spitzenkandidat Thomas Schulze hat am 7. September im

Deutschlandfunk bekräftigt, dass sich seine Fraktion in einem möglichen dritten Wahlgang bei der Ministerpräsidentenwahl enthalten würde. In diesem Wahlgang reicht die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Ob Ulrich Siegmund tatsächlich Ministerpräsident wird, ist damit nicht entschieden. Aber das Szenario einer AfD-geführten Exekutive ist nach dieser Wahl keine theoretische Übung mehr.

Und genau deshalb habe ich vor der Wahl eine wirkungsökonomische Sonderanalyse geschrieben: Was passiert, wenn aus Programm tatsächlich Staatsmacht wird? Nicht als Prophezeiung. Nicht als moralische Empörung. Sondern als Ex-ante-Wirkungsanalyse.

Der Landesverfassungsschutz stuft die AfD Sachsen-Anhalt als gesichert rechtsextremistische Bestrebung ein und begründet dies unter anderem mit Angriffen auf Menschenwürde und Demokratieprinzip. Gleichzeitig enthält das Regierungsprogramm der Partei angekündigte Eingriffe in Bereiche wie Verfassungsschutz, Bildung und Kultur, Zivilgesellschaft, Medien, Wissenschaft, Verwaltung und Energiepolitik.

Der für mich außergewöhnlichste institutionelle Konflikt lautet deshalb: Eine beobachtete Partei könnte die politische Führung des Ressorts übernehmen, zu dem die beobachtende Behörde gehört. Schon dieser Satz sollte ausreichen, um zu verstehen, warum wir hier nicht über einen gewöhnlichen Regierungswechsel sprechen.

Wirkungsökonomisch liegt das Risiko nicht in einer einzelnen Maßnahme, sondern in der Kaskade

Eine Demokratie kippt nicht erst dann, wenn am Montagmorgen jemand das Grundgesetz abschafft. Sie lebt in tausend alltäglichen Strukturen: in der Schule, die gemeinsame Lernräume schafft; in der Beratungsstelle, die Gewalt erkennt; in der Lokalredaktion, die nachfragt; in der Wissenschaft, die widersprechen darf; in der Verwaltung, die gleiche Regeln anwendet; in Gerichten, die korrigieren können; in Behörden, die Informationen austauschen.

Wirkungsökonomisch ist deshalb nicht nur die Wirkung erster Ordnung entscheidend. Eine Kürzung ist eine direkte Wirkung. Wenn dadurch Beratung verschwindet, entsteht eine zweite Wirkung. Wenn Menschen deshalb später Hilfe erhalten, Vertrauen verlieren oder wegziehen, folgt eine dritte. Wenn gleichzeitig lokale Medien, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Kontrollstrukturen schwächer werden, sinkt zusätzlich die Fähigkeit des Systems, Fehlentwicklungen überhaupt noch zu erkennen und zu korrigieren.

Das ist eine Systemkaskade.

In meiner WÖk-Sonderanalyse fällt die ex ante Risikorihtung deshalb deutlich negativ aus: sehr hohe Relevanz und stark negatives Risikopotenzial bei Mensch und Demokratie, hohe Relevanz und negative Risikopfade beim Planeten. Das ist keine Behauptung, dass all diese Schäden bereits eingetreten seien. Genau diese Trennung ist Wirkungswissenschaft: Vorhaben, Umsetzung, Wirkung und Zurechnung sind verschiedene Stufen.

Aber umgekehrt gilt genauso: Nur weil eine Verfassungsgrenze noch nicht überschritten ist, ist die gesellschaftliche Wirkung nicht null.

Der politische Gewinn kann intern bleiben - die gesellschaftlichen Kosten werden externalisiert

Hier liegt für mich der stärkste wirkungsökonomische Punkt. Autoritärer Populismus kann politisch Gewinn erzeugen, während ein Teil seiner Kosten bei anderen anfällt - und oft erst später.

Aufmerksamkeit, Bindung, Stimmen und Macht werden kurzfristig politisch internalisiert. Die möglichen Folgekosten entstehen bei Menschen, Institutionen, Unternehmen, Wissenschaft, zukünftigen Haushalten, beim gesellschaftlichen Vertrauen und bei kommenden Generationen. Wenn Investitionen ausbleiben, Fachkräfte gehen, Klimapfade teurer werden oder Korrekturmechanismen schwächer werden, tauchen diese Kosten nicht auf dem Wahlabendkonto der Partei auf.

Damit kann sogar ein sachpolitischer Misserfolg machtpolitisch nutzbar bleiben. Wird eine Maßnahme von einem Gericht gestoppt oder scheitert an Bundes- oder Europarecht, kann ein populistischer Akteur das kommunikativ als Bestätigung einer bereits erzählten Behinderungsgeschichte nutzen. Das muss nicht funktionieren - aber der Mechanismus ist plausibel und bekannt.

Deshalb ist auch der oft gehörte Satz "Lasst sie doch einmal regieren, dann entzaubern sie sich" keine belastbare Strategie. Eine im August 2026 veröffentlichte Studie in Public Choice untersucht populistische und andere Regierungsparteien in 32 europäischen Ländern von 1980 bis 2023. Ergebnis: Regieren kostet im Durchschnitt Stimmen - aber populistische Parteien werden dadurch nicht zusätzlich stärker bestraft als andere Regierungsparteien. Die Autoren stellen ausdrücklich die Vorstellung infrage, man könne Populismus generell durch Regierungsbeteiligung erledigen.

Mensch, Planet und Demokratie sind hier kein Dreiklang zur Dekoration

Für mich ist Demokratie in der Wirkungsökonomie nicht nur ein drittes Kästchen neben Mensch und Planet. Demokratie ist zugleich die Korrektur- und Steuerungsinfrastruktur, mit der eine Gesellschaft Fehler erkennen, Interessen ausgleichen und langfristige Probleme bearbeiten kann.

Wenn Vertrauen, unabhängige Information, Wissenschaft, Rechtsschutz und Verwaltung schwächer werden, betrifft das deshalb nicht nur "Politik". Es verändert die Fähigkeit, soziale Probleme zu lösen, Unternehmen Planungssicherheit zu geben, Infrastruktur zu modernisieren, Klimaanpassung zu organisieren oder einen langfristigen Energiepfad zu steuern.

Das ist die Rückkopplung, vor der ich am meisten Respekt habe: Schlechtere Problemlösung erzeugt neue reale Probleme. Neue Probleme erzeugen neue Unzufriedenheit. Unzufriedenheit liefert neues Material für polarisierende Mobilisierung. Diese Mobilisierung kann wiederum die Institutionen schwächen, die wir zur Lösung der Probleme brauchen.

Dann reden wir nicht mehr über eine einzelne Wahl. Dann reden wir über eine selbstverstärkende Wirkungsschleife.

Meine persönliche Einordnung nach dieser Wahl

Ich bin nicht beunruhigt, weil Menschen anders wählen als ich. Eine Demokratie muss politische Gegensätze aushalten. Ich bin beunruhigt, wenn eine politische Dynamik diejenigen Institutionen zu Gegnern erklärt, die Macht kontrollieren, Fakten prüfen, Minderheiten schützen und Fehler korrigieren sollen.

Ich bin wütend darüber, dass wir professionelle Informationsmanipulation noch immer oft wie ein Nebenthema behandeln - und anschließend so tun, als ließe sich ein grenzüberschreitendes, technologisch beschleunigtes und teilweise gezielt beeinflusstes Phänomen ausschließlich mit einer anderen Renten-, Migrations- oder Wirtschaftspolitik "wegregieren".

Noch einmal: Gute Politik ist unverzichtbar. Wer Probleme nicht löst, liefert Brennmaterial. Aber gute Sachpolitik allein verändert keine Plattformarchitektur, stoppt keine FIMI-Operation, verhindert keine strategische Wiederholung und löst keine selbstabdichtenden Deutungsräume auf.

Und genau deshalb dürfen wir uns nach Sachsen-Anhalt nicht mit der bequemsten Erklärung zufriedengeben.

Was jetzt passieren muss

Wir brauchen eine demokratische Antwort, die gleichzeitig auf mehreren Ebenen arbeitet: bessere reale Politik - und eine widerstandsfähigere Informationsordnung. Transparenz über politische Finanzierung und transnationale Netzwerke. Schnellere Attribution und öffentliche Aufklärung bei ausländischen Einflussoperationen. Plattformregeln, die verdeckte koordinierte Manipulation erschweren. Starke unabhängige Medien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Und vor allem eine Kommunikation, die nicht jede gegnerische Behauptung endlos wiederholt und damit deren Deutungsrahmen noch verstärkt.

Faktenchecks bleiben wichtig. Aber sie reichen nicht, wenn die Gegenseite längst bestimmt hat, welche Frage überhaupt gestellt wird, wer als glaubwürdig gilt und welche Erklärung emotional plausibel erscheint.

Die Aufgabe lautet deshalb nicht: Menschen sagen, was sie denken sollen. Die Aufgabe lautet: die Bedingungen schützen, unter denen sie frei, informiert und ohne verdeckte Manipulation entscheiden können.

43,8 Prozent sind ein Warnsignal - aber kein Beweis für eine einzige Ursache

Dieses Wahlergebnis beweist nicht, dass Russland die AfD gewählt hat. Es beweist nicht, dass lokale und bundespolitische Fehler irrelevant sind. Es beweist auch nicht, dass jeder AfD-Wähler in einem abgeschlossenen Informationsraum lebt.

Aber es ist für mich ein Warnsignal dafür, dass wir uns eine monokausale Geschichte nicht mehr leisten können.

Wer die autoritäre Welle verstehen will, muss gleichzeitig auf reale Lebenslagen, Kommunikationspsychologie, Plattformmechanismen, transnationale ideologische Netzwerke, professionelle Kampagnen und verdeckte staatliche Einflussnahme schauen. Und danach muss er fragen, welche Wirkungen daraus erster, zweiter und dritter Ordnung entstehen.

Wenn wir nicht langsam beginnen, das zu sehen, was es ist, verlieren wir diese demokratische Auseinandersetzung - und wissen am Ende noch nicht einmal, warum.

Und wer die Ursache nicht versteht, kann die Wirkung nicht korrigieren.

Kernthese: Lokale Probleme liefern das Material. Die Informationsarchitektur, transnationale Narrative und gezielte Einflussoperationen können bestimmen, wie dieses Material politisch verarbeitet und in Macht übersetzt wird.

Wissenschaftlicher Hinweis

Der Artikel trennt bewusst zwischen Korrelation, plausiblen Wirkpfaden und belegter Kausalität. **Es gibt keinen Beleg dafür, dass ausländische Einflussnahme das konkrete Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt verursacht hat.** Belegt sind jedoch ausländische Informationsoperationen gegen deutsche und europäische Wahl- und Informationsräume, transnationale politische Netzwerke sowie psychologische und plattformbezogene Verstärkungsmechanismen. Die Regierungsfolgen in Sachsen-Anhalt bleiben bis zur tatsächlichen Regierungsbildung und Umsetzung konkreter Maßnahmen ex ante Risiken, keine bereits gemessenen Schäden.

Quellen und weiterführende Belege

1. Landeswahlleitung Sachsen-Anhalt - Vorläufiges Ergebnis der Landtagswahl 2026 - https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt26/erg_land.html
2. tagesschau / infratest dimap - Ein Land, zwei Lager: Zufriedenheit mit Landes- und Bundesregierung - <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/analyse-landtagswahl-sachsen-anhalt-100.html>
3. V-Dem Institute - Democracy Report 2026: Unraveling The Democratic Era? - https://www.v-dem.net/documents/75/V-Dem_Institute_Democracy_Report_2026_lowres.pdf
4. Lupien & Cardoso (2026) - Global Trends, Local Adaptations: Comparing Far Right Frames in Latin America and Europe - <https://academic.oup.com/psq/advance-article/doi/10.1093/psquar/qqago19/8699914>
5. Lorenz-Spreen et al. - Systematic review: digital media and democracy (Nature Human Behaviour) - <https://www.nature.com/articles/s41562-022-01460-1>
6. Falkenberg et al. - Common structure of online political communication across countries (Nature Communications) - <https://www.nature.com/articles/s41467-024-53868-0>
7. Ye et al. (2026) - Meta-analysis of the Illusory Truth Effect - <https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/41760614/>
8. EEAS - 4th Annual Report on Foreign Information Manipulation and Interference Threats, March 2026 - https://www.eeas.europa.eu/eeas/4th-eeas-annual-report-foreign-information-manipulation-and-interference-threats_en
9. EUvsDisinfo / EEAS - FIMI Explorer - <https://euvsdisinfo.eu/fimi-explorer/>
10. Bundesregierung - Regierungspressekonferenz 5. August 2026: Matrjoschka und Landtagswahlen - <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressekonferenzen/regierungspressekonferenz-vom-5-august-2026-2449148>
11. Bundesregierung - Regierungspressekonferenz 12. Dezember 2025: Attribution Storm-1516 - <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressekonferenzen/regierungspressekonferenz-vom-12-dezember-2025-2399440>

12. Reuters - Planned US funding for conservative civil society and right-wing media in Europe, 31 August 2026 - <https://www.reuters.com/business/media-telecom/trump-plans-4-million-right-wing-media-europe-sources-say-2026-08-31/>
13. UK Electoral Commission - Leave.EU investigation and Cambridge Analytica finding - <https://www.electoralcommission.org.uk/media-centre/leaveeu-fined-multiple-breaches-electoral-law-following-investigation>
14. Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt - Rechtsextremismus / Einstufung AfD Sachsen-Anhalt - <https://mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz/themenfelder/page/rechtsextremismus>
15. Wök-Sonderanalyse - Wenn aus Programm Staatsmacht wird: Sachsen-Anhalt - <https://wirkungsoekonomie.de/wirkungsticker/analyse/wenn-aus-programm-staatsmacht-wird-sachsen-anhalt/>
16. Bergh & Kärnä (2026) - A hangover like any other: the cost of ruling for populist parties - <https://link.springer.com/article/10.1007/s11127-026-01458-7>
17. Deutschlandfunk - 7. September 2026: Regierungsbildung und BSW-Haltung im dritten Wahlgang - <https://www.deutschlandfunk.de/afd-spitzenkandidat-siegmund-sieht-klaren-regierungsauftrag-bsw-offen-fuer-zusammenarbeit-100.html>

Stand der Recherche: 7. September 2026. Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt zum Zeitpunkt der Erstellung offen.

Weiterlesen: [Resignifikation](#), [Frame / Framing](#), [Resonanzraum](#), [Wirkungspotenzial](#), [Wirkungsrisiko](#) und [Wirkungsrückkopplung](#).